

# «Es ist nicht eine Revision für alle Ewigkeit»

**Die CVP hat zusammen mit der SP den AHV-Zuschlag durchs Parlament gebracht. Nun steht CVP-Präsident Gerhard Pfister voraussichtlich ein schwieriger Abstimmungskampf bevor.**

INTERVIEW **TOBIAS GAFAFER**  
UND **MAJA BRINER**

*Haben Sie vergangene Nacht gut geschlafen?*

**Gerhard Pfister:** Selbstverständlich, denn ich bin davon ausgegangen, dass in der CVP die Geschlossenheit da ist. Und den Rest kann man ohnehin nicht beeinflussen.

*Die CVP dürfte den Abstimmungskampf allein mit der Linken führen müssen, die nicht geeint ist. Wie wollen Sie das schaffen?*

**Pfister:** Es ist wichtig, dass das Volk über diese Frage überhaupt entscheiden kann. Alles Weitere werden wir noch sehen. Ich erinnere an die Abstimmung zur Unternehmenssteuerreform III: Diese war wesentlich besser abgestützt im Parlament und wurde trotzdem vom Stimmvolk deutlich abgelehnt.

*Trotzdem: Die Linke ist nicht geeint.*

**Pfister:** Das müssen Sie die Linke fragen. Wir sind es.

*Eigentlich sollte mit dieser Reform die AHV saniert werden. Nun sollen all jene, die heute 45-jährig oder älter sind, nach der Pension sogar mehr Geld erhalten. Wie wollen Sie das der Bevölkerung erklären?*

**Pfister:** Indem wir der Bevölkerung aufzeigen, dass es ein Schritt in die richtige Richtung ist – nicht mehr und nicht



«Reine Abbauvorlagen kriegen Sie beim Volk nicht durch», erklärt CVP-Präsident Gerhard Pfister.

Bild Key

weniger. Ich habe nie gesagt, dass mit dieser Reform alle Probleme gelöst werden sollen. Es ist nicht eine Revision für alle Ewigkeit, sondern es ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. Es ist eine Vorlage, die ausgewogen ist und gerade deshalb Chancen hat, vom Volk angenommen zu werden.

*Die Reform setzt stark auf Mehrausgaben und -einnahmen. Gespart wird praktisch nichts – ausser in der zweiten Säule.*

**Pfister:** Gerade in der zweiten Säule wird gespart. Reine Abbauvorlagen kriegen Sie jedoch beim Volk nicht durch. Ich erinnere daran: Die letzten AHV-Revisionen sind allesamt gescheitert.

*Der Ausbau bei der AHV kostet allein schon mehr, als die Erhöhung des Frauenrentenalters einspart.*

**Pfister:** Das Frauenrentenalter 65 ist ein wichtiger Schritt. Aber auch den können Sie politisch nicht durchsetzen,

wenn Sie ihn einfach ohne Kompensation dem Stimmvolk vorlegen.

*Ab dem Jahr 2029 drohen bei der AHV Milliardendefizite – auch weil die Mehrwertsteuer weniger stark erhöht wird, als der Ständerat wollte. Braucht es bald ein höheres Rentenalter?*

**Pfister:** Dass die Mehrwertsteuer weniger stark erhöht wird, war ein ausdrücklicher Wunsch von jenen Parteien, welche die Vorlage heute abgelehnt haben.

*Aber Sie haben den Vorschlag in der Einigungskonferenz eingebracht.*

**Pfister:** Ja, damit allenfalls ein Kompromiss möglich ist. Wenn man die Vorlage jetzt deswegen kritisiert, dann ist das einigermassen unredlich.

*Nochmals: Braucht es einen weiteren Schritt, zum Beispiel ein höheres Rentenalter für alle?*

**Pfister:** Wir müssen jetzt erst einmal den Schritt mit der vorliegenden Reform machen. Wenn wir diesen nicht machen, sind alle weiteren Schritte obsolet.

*Den Preis zahlen vor allem die Jungen, die im Parlament schlecht vertreten sind. Erfüllt diese Reform den Anspruch der Generationengerechtigkeit?*

**Pfister:** Selbstverständlich erfüllt sie diesen Anspruch. Die Jungen leisten einen Beitrag, das ist unbestritten. Aber auch die Älteren leisten ihren Beitrag. Insofern ist diese Vorlage durchaus ausgewogen.

*Auch viele heutige Rentner dürften Sie im Abstimmungskampf gegen sich haben, da sie keinen AHV-Zuschlag erhalten. Wie wollen Sie diese wichtige Gruppe von der Notwendigkeit der beschlossenen Reform überzeugen?*

**Pfister:** Indem ich davon ausgehe, dass diese Gruppe solidarischer ist als Sie ihr unterstellen.

## Abstimmung Wirtschaft zimmert eine Front

**BERN** Economiesuisse, der Schweizerische Arbeitgeberverband und der Schweizerische Gewerbeverband arbeiten an einer Einheitsfront, um die Rentenreform am 24. September zu versenken. Welcher Wirtschaftsverband dabei welche Rolle spielen wird, ist noch unklar. Inhaltlich geisselten der Arbeitgeberverband und Economiesuisse gestern die Reform scharf. Das Parlament habe eine unsolidarische Vorlage geschaffen und das Ziel einer nachhaltigen Sanierung komplett aus den Augen verloren. Gar nicht goutiert wird der 70-Franken-Zustupf für AHV-Neurentner. Der Gewerbeverband moniert derweil, die junge Generation, die Konsumenten und die kleinen und mittleren Unternehmen müssten wegen der höheren Lohn- und Mehrwertsteuerabgaben die Zeche für die «Scheinreform» bezahlen.

Ob die Gewerkschaften die Altersreform geschlossen mittragen werden, ist offen. Die Spitze des Dachverbandes, der Schweizerische Gewerkschaftsbund (SGB), ist dafür. Der St. Galler SP-Ständerat und SGB-Präsident Paul Rechsteiner räumt aber ein, dass die Erhöhung des Frauenrentenalters auf 65 Jahre eine bittere Pille sei. Die SGB-Delegierten werden die Parole nächste Woche fassen. In einem Blog-Beitrag hat Juso-Präsidentin Tamara Funciello dazu aufgerufen, die Reform auf der Strasse zu bekämpfen. Die Frauen müssten diese zu einem grossen Teil finanzieren, würden aber beim Lohn noch immer diskriminiert. Im Antirentenreformboot rudern auch die Jungfreisinnigen mit, aber aus anderen Motiven. Die Reform werde einseitig zulasten der Kreditkarte der Jungen gebucht. (kã)

## Unter der Bundeshauskuppel Die Meinungen der Schaffhauser Parlamentarier zur Altersreform



**Martina Munz (Nationalrätin/SP)**

### Die Renten sind bis 2030 gesichert

Ich finde es sehr wichtig, dass das Volk über die Altersreform entscheiden kann. Wir haben als Parlament bewiesen, dass wir fähig sind, einen Kompromiss zu erzielen. Natürlich müssen alle dabei Kröten schlucken. Für mich ist das Rentenalter 65 für die Frauen eine solche Kröte, aber auch die Senkung des Umwandlungssatzes. Und mit nur 0,6 Mehrwertsteuerprozenten ist die Altersreform nicht optimal finanziert. Aber das gehört eben zu einem Kompromiss. Nun ist die AHV bis 2030 gesichert, und auch die zweite Säule ist stabil. Eine Sicherung der Renten für die nächsten 13 Jahre ist ein Erfolg. Die umkämpften 70 Franken sind für mich absolut unerlässlich. Es galt, 12 Prozent Einbusse bei den Pensionskassen zu kompensieren, und das Preis-Leistungsverhältnis ist in der AHV klar am besten. Diese 70 Franken sind gerade bei niedrigen Löhnen eine gute Kompensation, und den Frauen können wir sagen, dass sie trotz Frührentenversicherungen keine Einbussen bei der AHV haben und es sich trotzdem leisten können. Warum auch Reiche die 70 Franken erhalten? Die Gutverdiener sind für das Solidaritätsprojekt AHV zentral. Nehmen wir sie von solchen Massnahmen aus, riskieren wir, dass sie sich aus der Solidarität verabschieden. (sk)



**Thomas Hurter (Nationalrat/SVP)**

### Diese Reform ist kein Erfolg

Leider konnte ich heute wegen einer obligatorischen beruflichen Fortbildung nicht im Parlament sein, das gehört halt zum Milizparlament dazu. Wäre ich dort gewesen, so hätte ich mich bei der Abstimmung aus Solidarität zu meiner Partei der Stimme enthalten. In meinen Augen ist es zwingend nötig, dass wir jetzt etwas tun, sonst hat die AHV 2030 ein Defizit von 40 Milliarden Franken. Aber es ist schön, dass man die Sanierung mit einer Mehrausgabe verbindet und dass man ein Zweiklassensystem bei den Rentnern schafft. Ich bin nicht glücklich über die Reform, sie ist kein Erfolg. Die Angleichung des Rentenalters und die Anpassung des Umwandlungssatzes sind Pflicht, und damit würden wir beim Volk auch durchdringen. Nun ist die Finanzierung ab 2030 nicht geregelt. Das Zückerchen von 70 Franken mehr AHV ist eine gefährliche Entwicklung. Eine Sanierung ist schmerzhaft, man kann sie nicht künstlich versüssen. Es ist jetzt schon klar: Diese Revision wird eine zweite nach sich ziehen. Wenn das Volk hier zustimmt, müssen Befürworter und Gegner gleich danach die nächste Sanierung planen – die Einschnitte werden noch härter sein. Wir haben der AHV nun einen Rettungsring zugeworfen, der saugt sich aber schnell voll. (sk)



**Hannes Germann (Ständerat/SVP)**

### Wir plündern den Sicherheitsfonds

Es ist ein ernüchterndes Ergebnis. Die aktuelle Reform verschlimmert die Situation teilweise sogar. Man kann doch nicht sagen, die AHV stehe vor dem Kollaps, und dann Mehrausgaben beschliessen. Die 70 Franken AHV-Erhöhung sind falsch, denn wir schaffen so drei Kategorien von Bürgern: Die erste sind 2,2 Millionen Diskriminierte, die jetzigen Rentner, sie kriegen nichts. Die zweite Kategorie sind mehr als 1 Million Profiteure. Das sind die 45- bis 65-Jährigen, die keine Kürzung in der 2. Säule haben und obendrauf 70 Franken bekommen. Für dieses Zückerchen plündern wir den Sicherheitsfonds. Und die dritte Kategorie sind die Betrogenen, die unter 45-Jährigen bezahlen die Zeche. Statt der Giesskanne wären Rentenerhöhungen bei den Ärmsten nötig gewesen: Wir hätten statt der 70 Franken die minimal AHV-Rente für alle um 450 Franken erhöhen können. Nun fängt die Katastrophe 2030 an. Das kann ich nicht akzeptieren. Wir müssen eine nachhaltige Lösung finden. Nun aber öffnen wir Tür und Tor für die Umverteilung, die zweite Säule wird an Attraktivität verlieren, und es wird mehr Geld in die private Vorsorge fliessen. Dort spielt der Solidaritätsgedanke überhaupt nicht. (sk)



**Thomas Minder (Ständerat/Parteilos)**

### Urgedanken der AHV verraten

Das Hauptziel wurde total verfehlt. Es ging um die Rettung der AHV, und jetzt flicken wir hier ein bisschen und da ein bisschen. Wenn man sanieren will, dann gibt man doch nicht noch mehr Geld aus. Mit dieser Reform verraten wir den Urgedanken dieser Errungenschaft: Arbeitgeber und Arbeitnehmer finanzieren gemeinsam die Rente, und die jetzt arbeitende Generation finanziert die AHV der Pensionierten. Es war nie ein Urgedanke der AHV, dass man sie über die Mehrwertsteuer finanzieren soll oder dass es zwei Kategorien von Rentnern geben soll. Die Gleichbehandlung ist total verloren gegangen. Vor lauter Kampf um die AHV-Erhöhung um 70 Franken haben wir das Gesamtbild aus den Augen verloren. Es ist den Linken gut gelungen, immer von diesen 70 Franken zusätzlich zu sprechen. Aber das sind 1,37 Milliarden Franken Zusatzausgaben pro Jahr! Und ich, der es nicht braucht, bekomme 70 Franken mehr. Das ist einfach nicht nachhaltig, gerade nun, da die Babyboomer ins Pensionsalter kommen. Wir müssen die Reform ablehnen. Und es läuft darauf hinaus, dass wir länger arbeiten müssen. Wir alle werden älter, das ist schön. Aber jetzt müssen wir auch länger einzahlen. (sk)

## Journal

### Guy Parmelin testet Luftpolizeidienst gleich selbst

**BERN** Bundesrat Guy Parmelin wollte am eigenen Leib erfahren, wie es ist, wenn zwei Armeejets ein Passagierflugzeug eskortieren. Deshalb beschloss er am Mittwoch auf der Rückkehr von einem Arbeitstreffen in Berlin, für sein eigenes Flugzeug den Luftpolizeidienst auszulösen. Begleitet von zwei F/A-18-Kampffjets der Schweizer Armee flog Parmelin über die Stadt Bern. Laut Armeesprecher Daniel Reist war es ein spontaner Einfall des Verteidigungsministers. Es habe ja hin und wieder Zwischenfälle gegeben mit Staaten, die sich über den Schweizer Luftpolizeidienst beklagt hätten.

### Schweiz lehnt erstes türkisches Rechtshilfeersuchen ab

**BERN** Die Schweiz hat ein erstes Rechtshilfeersuchen der Türkei wegen Beleidigung von Staatspräsident Erdogan abgelehnt. In der Schweiz gelte die freie Meinungsäusserung, heisst es beim Bundesamt für Justiz. Die Tat müsse in dem Staat, in dem das Gesuch gestellt werde, strafbar sein. In der Schweiz sei dies nicht der Fall, sagte Folco Galli, Informationschef des Bundesamtes für Justiz, gestern gegenüber der «Tageschau» von SRF.

### Vollzugsstelle für Zivildienst soll ins Verteidigungsdepartement

**BERN** Der Nationalrat will, dass die Vollzugsstelle für den Zivildienst vom zivilen Volkswirtschaftsdepartement ins Verteidigungsdepartement umgesiedelt wird. Die Anzahl Zivildienstleistender sei in den letzten Jahren stark angestiegen. Nach Meinung des Bundesrats muss die Verantwortung aber bei einer zivilen Behörde liegen.